

Rassistischer Wahlkampf in Wien – Protest und Forderungen der Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen

Dezember 2005

Stellungnahme der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen gegen Rassismus und Sexismus

Überlebende des Konzentrationslagers Ravensbrück haben all die Jahre unermüdlich gegen Rassismus, Religionshass, Faschismus, Antisemitismus und Krieg gemahnt und gekämpft. „Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg!“ war ihre Botschaft als ZeitzeugInnen der Verbrechen und der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Als engagierte Frauen der nachfolgenden Generationen fühlen wir uns dieser Politik mit dem Blick auf unsere heutige Gesellschaft verbunden. Grundsätzlich verurteilen wir daher jede Form rassistischer und sexistischer Äußerungen, Aktivitäten und Strukturen.

Die Wahlen zum Wiener Landtag im Oktober 2005 haben uns zu dieser Stellungnahme veranlasst. Mit Entsetzen haben wir den Wahlkampf der FPÖ verfolgt. Die FPÖ hat in ihrer Wahlwerbung einen offen aggressiven Rassismus zum Programm gemacht. Darin werden MitbewohnerInnen, die sich der islamischen Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen, die islamische Religionsgemeinschaft selbst und MigrantInnen im Allgemeinen diffamiert und zum

Feindbild und politischen „Problem“ gemacht. Einige rassistische Parolen greifen speziell Frauen an und erklären sie zum Gegenbild von „Emanzipation“ und Integration. Diesen aggressiven Rassismus als Programm betrachten wir als Volksverhetzung.

Genauso betroffen macht uns die Tatsache, dass etwa 15 Prozent der Wiener Wahlberechtigten, die zur Wahl gegangen sind, diesen Rassismus unterstützen und gewählt haben. Wir finden es daher notwendig, gegen Rassismus und Sexismus offen Stellung zu beziehen und zu handeln und fordern auch alle engagierten Personen, Vereine, Institutionen und Parteien auf, ebenso gegen jede Form von Rassismus und Sexismus aufzutreten. Gegen Rassismus aufzutreten, bedeutet:

Rassismus NICHT zu entschuldigen, ihn NICHT für verständlich zu erklären, NICHT mit Wahlstimmen von RassistInnen zu kalkulieren, die Verantwortung für Rassismus NICHT den rassistisch Verfolgten selbst zu übertragen etc.

Deswegen fordern wir:

- # Umsetzung gleicher sozialer, ökonomischer und politischer Rechte für MigrantInnen unabhängig von der Staatsbürgerschaft
- # Keine Kriminalisierung und Illegalisierung von MigrantInnen
- # Wiederaufnahme aller Verfahren der „Operation Spring“ und darauf folgender Polizeiaktionen mit vollen staatsbürgerlichen Rechten für die Angeklagten und einer Infragestellung des staatlichen Rassismus, der den Hintergrund dieser Verfahren bildete
- # Aktives Auftreten gegen Deutschnationalismus und deutschen Chauvinismus auch in seiner österreichischen Variante

OeLGR/F 2005

- # Anerkennung von Mehrsprachigkeit, Umsetzung des Art. 7 des Staatsvertrages für die slowenischsprachige Bevölkerung in Kärnten
- # Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe, wie sexuelle Gewalt, Vergewaltigung, Frauenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung, „Ehrenmorde“, Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und Genitalbeschneidungen
- # Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen bei Asylverfahren und Familienzuzug
- # Anerkennung der Verfolgung von Lesben und Schwulen als Asylgrund
- # Abschaffung der Schubhaft
- # Abschaffung von „Ausländer-Gesetzen“ und Legalisierung von Migration
- # Rücknahme des neuen Asylgesetzes und volle Asylrechte für unterschiedliche Verfolgungsgründe
- # Anerkennung von Flucht und Migration aufgrund von Armut, Hunger und Kriegen
- # Abschaffung von Zwang und strafenden Sanktionen bei den Deutschkursen
- # Öffnung der Gemeindebauten für alle MigrantInnen